

N i e d e r s c h r i f t

**über die. 20. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 06.11.2018, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal**

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Ralf Burckart

Stadtverordnete/r

Herr Jürgen Arnold
Frau Anneliese Bork
Frau Ellen Buchborn-Klos
Frau Renate Geiselbrechtinger
Herr Georg Granzer
Herr Dieter Haggenmüller
Herr Dirk Hansmann
Herr Volker Heine
Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Hoth
Frau Gisela Koch
Frau Gudrun Lang
Frau Karin Lenz
Herr Dr. Ulrich Lenz
Herr Manfred Leun
Herr Hendrik Lodde
Herr Friedel Löser
Frau Silva Lübbers
Frau Antje Markgraf
Herr Uwe Markgraf
Herr Burkhard Nöh
Herr Frank Rippl
Herr Joachim Schaffer
Frau Franziska Schaffer-Gawenda
Herr Dirk Schimmel
Herr Dr. Christof Schütz
Herr Tim-Ole Steinberg
Herr Fabian Wedemann
Herr Lothar Weigel
Frau Alisha Weitze
Herr Dr. Heinz-Lothar Worm

Anwesend ab TOP 3

Magistrat

Herr Thomas Altenheimer
Herr Norbert Arnold
Frau Petra Braun
Herr Sven Deeg
Herr Wolfgang Gath
Herr Jörg König
Herr Reinhold Krapf
Herr Gerhard Trinklein
Herr Michael Wolter

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung

Herr Patrick Retzer

Protokollführer/in

Herr Andreas Zenkert

Presse

Herr Stefan Schaal
Herr Thomas Wißner

Abwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Hans Bausch
Herr Axel Globuschütz
Frau Dr. Michaela Goll
Herr Peter Reinwald
Frau Sigrid Weitze

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2018
- 3 Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 3.1 Anfrage zur Kostensteigerung Bahnviadukt von Herrn Friedel Löser vom 31.10.2018
- 3.2 Anfragen zum Themenkomplex "Grube Fernie" der FDP
- 3.3 Anfragen zum Themenkomplex "Grube Fernie" von den Bündnis90/DieGrünen
- 4 Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

- 5 Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan mit Nachtragsstellenplan für das Jahr 2018
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0073/16-21 -
Vorlage: /0073/16-21
- 6 Jahresabschluß der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0075/16-21 -
Vorlage: /0075/16-21
- 7 Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 8 Aufhebung der Straßenbeitragssatzung
- Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, FW und SPD-Fraktionsantrag Nr. FA-0060/16-21 -
Vorlage: FA/0060/16-21
- 9 Finanzierung der Tribüne in der neu zu errichtenden Schulsporthalle der Anne-Frank-Schule
- Gemeinsamer Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD-Fraktionsantrag Nr. FA-0061/16-21 -
Vorlage: FA/0061/16-21
- 10 Linden 2036 - Aufwertung der Ortskerne in Leihgestern und Großen Linden

- Antrag CDU-Fraktionsantrag Nr. FA-0062/16-21 -
Vorlage: FA/0062/16-21

- 11** Neufassung der Entschädigungssatzung
- Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktionsantrag Nr. FA-0063/16-21 -
Vorlage: FA/0063/16-21

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Prüfanträge / Anfragen

- 12** Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

12.1 Anfragen der SPD-Fraktion

- 12.1.1** Warum wurde die im Haushalt 2018 vorgesehene Sanierung der Straßenoberfläche, der Wasserleitungen und der Abwasserkanäle in der Straße "Breiter Weg" 2.BA (Hardtweg - Am Pfad) nicht durchgeführt.

- 12.1.2** Wie ist der Sachstand der Planung und Auftragsvergabe für ein barrierefreien Zugang zum Rathaus?

- 12.1.3** 1. Wann und in welcher Form wird das Ergebnis des beauftragten Organisationsgutachtens vorgestellt.
2. Werden die Ergebnisse bereits in die Aufstellung und Beratung des Stellenplanes 2019 einfließen.

- 12.1.4** Warum wurde die bereits im Haushalt 2017 vorgesehene Sanierung der Straßenoberfläche, der Wasserleitungen und der Abwasserkanäle in der Kantsstr.; Kirchstraße und Kreuzgasse bisher noch nicht begonnen.

Warum wurde der für 2017 benannte dringende Sanierungsbedarf wegen häufigerer Rohrbrüche nicht zum Anlass genommen in 2017, aber spätestens in 2018 die Sanierungsarbeiten in diesen Straßen durchzuführen

- 12.1.5** Wie ist der Sachstand der Schaffung des barrierefreien Zugangs zwischen Kirche und Friedhof in Leihgestern?

- 12.1.6** Im Herbst 2016 wurde das Projekt Linden 2036 mehrheitlich beschlossen. Aktuell gibt es lediglich eine Vorstellung seitens der Stadtplaner im Parlament, und eine partielle Vorstellung in einer Bürgerversammlung.
1. Welche Zeitschiene ist angedacht, um Vorschläge umzusetzen?
2. Finden sich Gestaltungsvorschläge im aktuellen, zu beratenden Regionalplan?
3. Wie sind Bürger weiterhin eingebunden?
4. Hat der Magistrat schon Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Projektes 2036 geprüft?

- 12.1.7** In einem Pressebericht über einen Besuch der CDU Linden wurde über Sanierungsmaßnahmen im Schwimmbad Großen-Linden berichtet.
1. Welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden?
2. Wann soll dies erfolgen?
3. Wie hoch ist der Kostenrahmen?

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 20. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung mit noch 30 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist. Frau Alisha Weitze ist noch im Zugang.

Er begrüßt zunächst die Zuhörer, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Abrahamian, den Magistrat, die Vertreter der Presse und alle Parlamentarier.

Anschließend gratuliert er allen Parlamentariern, Jubilaren und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Stadtverordnete Lang beantragt das Herunternehmen des Tagesordnungspunktes 7, der Antrag bleibt weiterhin im Geschäftsgang.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart gibt die Frage weiter an Herrn Bürgermeister König, dieser beantragt ebenfalls das Herunternehmen des Tagesordnungspunktes 7. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Die Parlamentarier stimmen dem zu.

Zu TOP 2 Feststellung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2018

Abstimmungsergebnis:

Es liegen Herrn Stadtverordnetenvorsteher Burckart keine Änderungen vor.

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	6 Ja-Stimmen
FW:	5 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Zu TOP 3.1 Anfrage zur Kostensteigerung Bahnviadukt von Herrn Friedel Löser vom 31.10.2018

Bürgermeister König hat die Anfrage schriftlich beantwortet und steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Stadtverordneter Löser wiederholt seine Frage, da die Frage für Herrn Löser nicht beantwortet schien.

Bürgermeister König antwortet darauf, dass die Baufirma keinen Vertrag mit der Stadt Linden hat, sondern mit der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn erklärte, dass die Kosten noch nicht bestätigt sind. Daraufhin sah Bürgermeister König keine Veranlassung etwas weiterzugeben, was so noch nicht klar ist.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Anfrage.

Zu TOP 3.2 Anfragen zum Themenkomplex "Grube Fernie" der FDP

Stadtverordnetenvorsteher Burckart verliest die soeben hereingegebene Anfrage der FDP-Fraktion nach § 16 a (7) der Geschäftsordnung.

Bürgermeister König informiert das Parlament über derzeit 215 Unterschriften die er erhalten hat. Die Unterschriften sind teilweise mit konkreten Adressen, zum Teil auch nur mit Stadtteilen versehen. Er verweist auf die E-Mail von Herrn Brusius, die sonntags eingegangen ist. Es ist geplant Ende November, Anfang Dezember mit dem Regierungspräsidium eine Begehung durchzuführen. Es soll dort die Wegeverlegung und das Herstellen des Biotops zusammen beraten werden. Es sollten dann genügend Informationen vorliegen um damit in die nächsten Ausschusssitzungen gehen zu können.

Stadtverordneter Weigel fragt nach der Veröffentlichung der Liste im Protokoll.

Bürgermeister König verweist zum einen auf den Datenschutz und die rechtlichen Aspekte und zum anderen wird er die Bürgerinnen und Bürger nach deren Zustimmung befragen.

Stadtverordnete Alisha Weitze betritt um 20:11 Uhr den Sitzungssaal.

Zu dieser Anfrage gibt es keine weiteren Wortmeldungen

Zu TOP 3.3 Anfragen zum Themenkomplex "Grube Fernie" von den Bündnis90/DieGrünen

Stadtverordnetenvorsteher Burckart verliest eine weitere kurzfristig eingereichte Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 16 a (7) der Geschäftsordnung und verweist auf den Bericht des Magistrats, in der das Thema behandelt wird.

Des Weiteren verliest er die E-Mail vom 04.11.2018 von Herrn Brusius, die ebenfalls im Ratsinformationssystem eingestellt wurde.

Bürgermeister König findet es misslich und stilllos, dass Mitarbeiter einer Verwaltung instrumentalisiert werden. Er bittet alle Parlamentarier den richtigen Weg zu wählen, damit es nicht wieder zu so einer misslichen Lage kommt.

Des Weiteren verliest Herr Bürgermeister König eine E-Mail vom 28.09.2018 zum Planungsstand und stellt klar, dass dies für ihn keine Planung ist. Vor allem wenn man die Maßnahme der „Bauernhofkita“ im Vergleich sieht.

Stadtverordneter Dr. Schütz unterscheidet hier die zwei Maßnahmen anhand der Kosten. Die Frage, die sich stellt ist nicht, ob die Planung abgeschlossen ist, sondern ob Planungsunterlagen vorliegen. Er führt sein Anliegen weiter aus.

Stadtverordneter Burckart unterbricht Herrn Dr. Schütz und weist darauf hin, dass es ausschließlich um eine Fragestellung bzgl. seine Anfrage geht und verweist darauf, dass die 30 Minuten fast abgelaufen sind. Er erteilt Herrn König das letzte Wort zu dieser Anfrage.

Bürgermeister König stellt noch mal klar, dass es für ihn keine Planungsunterlagen waren, sondern lediglich ein Bild mit einem Blick von oben in dem rotmarkiert eine Trasse eingezeichnet wurde.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

Zu TOP 4 Berichterstattung durch den Magistrat

Projekt Memorien Garten:

Im Früher 2019 sollen in Großen Linden auf dem Friedhof die Wege erneuert werden. Die Planungen werden dann in der Bauausschusssitzung vorgestellt.

Jugendabteilung:

Es wurde ein Mädchen- und Jungentreff eingeführt und die Teilnehmerzahl ist steigend. Ebenfalls wurde eine Informationsveranstaltung für die Jugendvertretung durchgeführt. Die erste konstituierende Sitzung findet am Freitag, 07.12.2018 statt. Einige Benennungen liegen auch schon vor. Weiterhin läuft die Kooperation mit der Anne-Frank-Schule sehr gut. In den nächsten Wochen finden einige Kurse statt. Darunter ein Selbstbehauptungskurs für Mädchen und ein Kinderrechte-Nachmittag. Ebenso sind mit den Grundschulen Kooperationen in Planung. Hierbei sind Projekte wie das Besuchen des Heimatmuseums, der Grube Fernie und andere angedacht. Die Jugend Ski-Freizeit ist ausgebucht und im nächsten Jahr ist ein Jugend-Japan-Austausch angedacht.

Tribüne zur Schulsporthalle der Anne-Frank-Schule:

Bürgermeister König ist selbstständig tätig geworden und hat ohne ein starkes Signal aus dem Parlament heraus den Kontakt mit der Baufirma gesucht. Hierbei konnte er eine Ersparnis durch eine Umpassung der Tribüne von 180.000,- Euro erwirken. Das Projekt kostet jetzt unter 300.000,- Euro.

Geburtenbäumchen:

In der letzten Sitzung des Magistrats wurden die Geburtenbäumchen auf den Weg gebracht. Die Stadt Linden stellt für alle neugeborenen Kinder auf Kosten der Stadt ein Geburtenbäumchen auf. Die Eltern sind bereits angeschrieben worden und wird von den Eltern positiv aufgenommen.

Bau der neuen Kindertagesstätte:

In diesem Projekt wurde ein Sachverständiger gefunden und beauftragt. Dieser begleitet nun das Projekt. Er überprüft das Leistungsverzeichnis sobald dies erstellt wird, bevor es zur Ausschreibung eines GU's kommt.

Schlittschuhteich:

Auch dieses Jahr steht der Schlittschuhteich in den Wiesen am Forst wieder zur Verfügung.

Anfrage Herrn Bausch:

Es wird in der Höhe der Hausnummer 66 kein weiterer Parkplatz eingezeichnet, weil die Restfläche der Breite weniger als 5 Meter beträgt. Dies ist Voraussetzung, um einen Parkplatz einzeichnen zu können.

Haushaltsvollzug:

Der Bericht zum Haushaltsvollzug wurde im Ratsinformationssystem eingestellt. Daraus ist zu entnehmen, dass die Stadt Linden ein weiteres Jahr gut erwirtschaften konnte.

Stadtverordneter Leun hat zum Haushaltsvollzug eine Nachfrage und eine Berichtigung. Er möchte wissen, ob die Erhöhung der Gewerbesteuer in Brutto oder Netto ausgewiesen ist, oder werden da noch die Anteile für das Land und den Bund abgehen. Er weist noch auf einen kleinen Schreibfehler im zweitletzten Satz in dem Bericht der Stadtwerke hin.

Bürgermeister König versichert, dass Herr Hölzel die Frage aufgreifen wird und die Beantwortung der Frage nachreicht.

Hierzu gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlüsse:

Zu TOP 5 Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan mit Nachtragsstellenplan für das Jahr 2018 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0073/16-21 - Vorlage: /0073/16-21

Bürgermeister König verliest die Magistratsvorlage und begründet sie inhaltlich.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine mehrheitliche Beschlussempfehlung mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Magistratsvorlage seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Stadtverordneter Leun merkt an, dass die Abstimmung über die Nachtragshaushaltssatzung und dem Nachtragsstellenplan getrennt erfolgen soll.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung des Magistrates:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan mit Nachtragsstellenplan für das Jahr 2018 wird in der vorliegenden Fassung mit der Änderung / Ergänzung des Stellenplans für 2018 gemäß den beigefügten Ausweisungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis Nachtragshaushaltssatzung:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	3 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Die Nachtragshaushaltssatzung wird mehrheitlich beschlossen.

Ja:	29
Nein:	2
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis Nachtragsstellenplan:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	4 Ja-Stimmen; 1 Enthaltung
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Der Nachtragsstellenplan wird einheitlich beschlossen.

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	1

Zu TOP 6 Jahresabschluß der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0075/16-21 - Vorlage: /0075/16-21

Bürgermeister König verliest die Magistratsvorlage und begründet sie hinreichend.

Stadtverordneter Leun berichtet ausführlich über den Jahresabschluss der Stadtwerke Linden.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen der Magistratsvorlage seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung des Magistrats und der Betriebskommission:

- 1a): Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Stadtwerke Linden wird in der vorliegenden Form festgestellt.
- 1b): Der Jahresverlust 2017 i.H.v. **€ 33.734,57** im Wasserbereich wird der allgemeinen Rücklage entnommen.
Der Jahresverlust 2017 i.H.v. **€ 64.176,05** im Abwasserbereich wird der allgemeinen Rücklage entnommen.
- 1c): Der Werksleitung wird für das Rechnungsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	5 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Die Magistratsvorlage wird einheitlich beschlossen.

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 7 Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Stadtverordnetenvorsteher Burckart informiert das Parlament darüber, dass der Ältestenrat sich mit der Thematik befasst hat und anschließend den Weg in die Ausschüsse gegangen ist.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen für die Änderung der Geschäftsordnung seitens des Haupt- und Finanzausschusses. Hier gibt es noch eine Änderung, die Herr Stadtverordneter Wedemann verliest:

Im § 9 Satz 3 Das Ratsinformationssystem kann auf Antrag eines Mitglieds der Stadtverordnetenversammlung durch die Schriftform ersetzt werden.

§ 29 Abs. 1 Satz 2 dass im Protokoll die nachfolgenden Angaben als Mindestangaben enthält.

Ansonsten bestätigt Stadtverordneter Wedemann, dass der HFA mit den weiteren Änderungen einstimmig ist.

Stadtverordnete Lang fragt nach dem § 16 b. Diese werden eingereicht und in der Regel schriftlich beantwortet. Ihr stellt sich die Frage, wie die Öffentlichkeit darüber informiert wird und Kenntnis erlangt. In der Tagespresse wurde davon gesprochen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen sein soll. Im Ältestenrat gab es die Vereinbarung, dass die Anfragen und Antworten an das Protokoll angehängt und in der Sitzung für die anwesenden Zuschauer ausgelegt werden.

Stadtverordneter Burckart ist von dem Presseartikel nichts bekannt. Er gibt bekannt, dass die Anfragen heute in großzügiger Weise ausgelegt wurden und auch die Anfragen inklusive der Antworten im Ratsinformationssystem abgebildet sind.

Stadtverordneter Leun gibt einen Hinweis auf den Paragraphen 29. Hier wurde das Wort Ergebnisprotokoll gestrichen. Er schlägt vor die Protokollanten zu bitten, das für und wider einer Abstimmung ansatzweise darzustellen. Es muss erkennbar sein, wer dafür und wer dagegen war. Dies sollte aus dem Protokoll hervorgehen.

Zu dieser Thematik gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

CDU: 15 Ja-Stimmen
SPD: 7 Ja-Stimmen
FW: 5 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen: 3 Ja-Stimmen
FDP: 1 Ja-Stimme

Die Änderung der Geschäftsordnung wird einheitlich beschlossen.

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 8 Aufhebung der Straßenbeitragssatzung
- Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, FW und SPD-
Fraktionsantrag Nr. FA-0060/16-21 -
Vorlage: FA/0060/16-21**

Stadtverordnete Lang verliest den gemeinsamen Antrag der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, FDP, FW und der SPD und begründet ihn inhaltlich.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen für den gemeinsamen Fraktionsantrag seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Stadtverordneter Leun äußert ausgiebig seine Bedenken und hält den Zeitpunkt der Abschaffung für zu verfrüht.

Stadtverordneter Hille bestätigt den richtigen Weg, die Straßenbeitragssatzung abzuschaffen. Die CDU befürwortet diesen Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Linden.

Abstimmungsergebnis:

CDU: 15 Ja-Stimmen
SPD: 7 Ja-Stimmen
FW: 4 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen: 3 Ja-Stimmen
FDP: 1 Ja-Stimme

Stadtverordneter Leun gibt seine Nichtteilnahme an der Abstimmung zu Protokoll.

Die Nachtragshaushaltssatzung wird mehrheitlich beschlossen.

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 9 Finanzierung der Tribüne in der neu zu errichtenden Schulsporthalle der Anne-Frank-Schule
- Gemeinsamer Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD-Fraktionsantrag
Nr. FA-0061/16-21 -
Vorlage: FA/0061/16-21**

Stadtverordneter Dr. Schütz verliest den gemeinsamen Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD und begründet ihn inhaltlich. Er gibt zu Protokoll den letzten Absatz „Der Magistrat wird

beauftrag, mit dem Landkreis Gießen und dem GÜ Verhandlungen zu führen mit dem Ziel eine kostengünstigere Ausführungsvariante zu erreichen.“ zu streichen.

Stadtvorordneter Steinberg lobt das selbstständige Handeln des Bürgermeisters König im Bezug auf die Schulsporthalle und gibt bekannt, dass die CDU dem Antrag zustimmen wird.

Die Stadtvorordnetenversammlung der Stadt Linden beschließt, die Tribüne der neu zu errichtenden Schulsporthalle der Anne-Frank-Schule zu finanzieren und stellt die nötigen finanziellen Mittel in den Nachtragshaushalt ein.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	3 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Der gemeinsame Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD wird mehrheitlich beschlossen.

Ja:	29
Nein:	2
Enthaltung:	0

Zu TOP 10 Linden 2036 - Aufwertung der Ortskerne in Leihgestern und Großen Linden - Antrag CDU-Fraktionsantrag Nr. FA-0062/16-21 - Vorlage: FA/0062/16-21

Stadtvorordneter Wedemann gibt zunächst das Wort an Stadtvorordneter Heine, der den Ausschuss für Bauen, Umwelt und Planen geleitet hat.

Stadtvorordneter Heine berichtet von Änderungen seitens Frau Markgraf (SPD) und Herrn Reinwald (FDP), die dann auch entsprechend übernommen worden sind. Im groben ging es um Leerstandskataster, Baulückenkataster, Verkehrskonzept und ähnliches. Dies wurde in den Antrag mit eingebracht und entsprechend einstimmig mit 9 Ja-Stimmen abgestimmt.

Stadtvorordneter Hille wiederholt noch einmal die Ergänzungen von der Ausschusssitzung. Am Ende des ersten Absatzes wird folgendes ergänzt:

„...dass in diesen Bereichen zukünftig Möglichkeiten für attraktives Wohnen und Arbeiten geschaffen werden.“ Dieser Halbsatz ist wichtig, weil es eine Zielvorgabe an den Magistrat ist.

Stadtvorordneter Wedemann verliest den Fraktionsantrag der CDU und begründet ihn inhaltlich ausführlich.

Stadtvorordneter Dr. Schütz unterstützt den Antrag. Dies habe er auch in der Abstimmung des Ausschusses bemerkbar gemacht. Er möchte noch einen Hinweis mit anbringen. Es ist wichtig klar zu machen, dass der Prozess bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Es sind extrem viele Dinge noch nicht bedacht. Man sollte hier Vorsicht walten lassen, um nicht in der schnelle, einzelne Projekte herauszuziehen, ohne das gesamte Konzept zu sehen. Das Projekt sollte als integriertes Projekt angesehen werden, in denen alle Ideen zusammengefasst werden.

Stadtvorordnete Lang verliest den gemeinsamen Antrag aus dem Jahr 2016 zum Thema Kommission „Linden 2036“. Daraus geht hervor, dass die Kommission bis spätestens 30.06.2018 in der Stadtvorordnetenversammlung zukunftsorientierte Vorschläge einbringt. Auch die Kommission wurde noch nicht gegründet und man hängt hier sehr nach und man könnte in der Sache schon viel weiter sein.

Stadtvorordneter Hille stellt klar, dass keine Kommission zustande kam, da die nötige Mehrheit nicht zustande kam. Er stellt die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung dar und dass dies auch entsprechend Zeit benötigt. Ein wichtiges Ziel ist die Einschränkung des Flächenverbrauchs in der Peripherie.

Bürgermeister König ruft in Erinnerung, dass es der Wunsch der Parlamentarier war, nach der Sommerpause mit dem Projekt „Linden 2036“ zu beginnen. Man ist hier dennoch auf einem guten Weg und wird ein sehr spannendes Projekt.

Stadtverordneter Leun stellt klar, dass das Einberufen einer Kommission Sache des Magistrates ist und nicht der Stadtverordneten.

Es gibt hierzu keine weiteren Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt im Rahmen des beschlossenen Stadtentwicklungskonzeptes „Linden 2036“ umgehend eine Datenerfassung (Leerstandskataster, Baulückenkataster, usw.) für die Ortskerne von Leihgestern und Großen-Linden vernetzt im Gesamtkontext mit einem Verkehrskonzept für Linden zu veranlassen. Auf dieser Basis eine zeitnahe Überplanung durchzuführen, dass in diesen Bereichen zukünftig Möglichkeiten für attraktives Wohnen und Arbeiten geschaffen werden.

Die frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im gesamten Prozess der Überplanung der Ortskerne sicherzustellen.

Alle Möglichkeiten des Städtebauförderungsprogramms sind zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	5 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	3 Ja-Stimmen
FDP:	1 Ja-Stimme

Der Fraktionsantrag der CDU wird einheitlich beschlossen.

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 11 Neufassung der Entschädigungssatzung - Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, FW, Bündnis 90/Die Grünen und FDP- Fraktionsantrag Nr. FA-0063/16-21 - Vorlage: FA/0063/16-21

Stadtverordneter Dr. Schütz verliest den gemeinsamen Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, FW und SPD und begründet ihn inhaltlich. Er führt weiterhin den Zeitraum von 25 Jahren aus, in der die alte Entschädigungssatzung bestand hatte und sieht die Änderung dessen als Zeichen der Wertschätzung für alle Beteiligten.

Stadtverordneter Hille begrüßt den Konsens mit allen Parteien. Er weist auf die hohe Verantwortung der Parlamentarier hin.

Stadtverordneter Wedemann berichtet über eine einstimmige Beschlussempfehlung mit 9 Ja-Stimmen den gemeinsamen Fraktionsantrag seitens des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Entschädigungssatzung der Stadt Linden in der beiliegenden Fassung.
Die Satzung tritt zum 01.01.2019 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

CDU:	15 Ja-Stimmen
SPD:	7 Ja-Stimmen
FW:	5 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	2 Ja-Stimmen; 1 Enthaltung
FDP:	1 Ja-Stimme

Der gemeinsame Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, FW und SPD bezüglich der Entschädigungssatzung wird einheitlich beschlossen.

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	1

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Prüfanträge / Anfragen

Zu TOP 12 Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Zu TOP 12.1 Anfragen der SPD-Fraktion

Zu TOP 12.1.1 Warum wurde die im Haushalt 2018 vorgesehene Sanierung der Straßenoberfläche der Wasserleitungen und der Abwasserkanäle in der Straße "Breiter Weg" 2.BA (Hardtweg - Am Pfad) nicht durchgeführt.

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Zu TOP 12.1.2 Wie ist der Sachstand der Planung und Auftragsvergabe für ein barrierefreien Zugang zum Rathaus?

Stadtverordnete Lang stellt klar, dass die Antwort sie in keinster Weise befriedige. Hierzu existiert noch keinerlei Planung.

Bürgermeister König informiert das Parlament darüber, dass er die Planung wieder aufgenommen hat. Er führt die weitere Problematik bezüglich des Rathauses näher aus. Im Magistrat wird die weitere Vorgehensweise besprochen. Eine mögliche Lösung ist die Beauftragung eines externen Sachbearbeiters aufgrund der speziellen Bauweise des Rathauses.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

**Zu TOP 12.1.3 1. Wann und in welcher Form wird das Ergebnis des beauftragten Organisationsgutachtens vorgestellt.
2. Werden die Ergebnisse bereits in die Aufstellung und Beratung des Stellenplanes 2019 einfließen.**

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Zu TOP 12.1.4 Warum wurde die bereits im Haushalt 2017 vorgesehene Sanierung der Straßenoberfläche, der Wasserleitungen und der Abwasserkanäle in der Kantsstr.; Kirchstraße und Kreuzgasse bisher noch nicht begonnen.

Warum wurde der für 2017 benannte dringende Sanierungsbedarf wegen häufigerer Rohrbrüche nicht zum Anlass genommen in 2017, aber spätestens in 2018 die Sanierungsarbeiten in diesen Straßen durchzuführen

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Zu TOP 12.1.5 Wie ist der Sachstand der Schaffung des barrierefreien Zugangs zwischen Kirche und Friedhof in Leihgestern?

Bürgermeister König teilt zur Ergänzung den Termin mit der Denkmalschutzbehörde am 22.11.2018 mit. Dieser lag bei der Beantwortung der Fragen noch nicht vor.

Stadtverordneter Schimmel interessiert sich für die Begründung der Absage von der Kirchenverwaltung.

Bürgermeister König erläutert die Begründung und führt aus, dass es sich dabei um die Version mit dem Treppenlift handelt. Hier hat man Bedenken, dass das Denkmal Kirche darunter leiden könnte.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

Zu TOP 12.1.6 Im Herbst 2016 wurde das Projekt Linden 2036 mehrheitlich beschlossen. Aktuell gibt es lediglich eine Vorstellung seitens der Stadtplaner im Parlament, und eine partielle Vorstellung in einer Bürgerversammlung.
1. Welche Zeitschiene ist angedacht, um Vorschläge umzusetzen?
2. Finden sich Gestaltungsvorschläge im aktuellen, zu beratenden Regionalplan?
3. Wie sind Bürger weiterhin eingebunden?
4. Hat der Magistrat schon Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Projektes 2036 geprüft?

Stadtverordnete Lang fragt zum Thema Regionaler Raumordnungsplan und deren Bearbeitung. Sie weist auf die Städtebauförderung hin und dass ein Quereinstieg wohl nicht möglich sei, sondern nur als komplettes integriertes Konzept vorliegen muss.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

Zu TOP 12.1.7 In einem Pressebericht über einen Besuch der CDU Linden wurde über Sanierungsmaßnahmen im Schwimmbad Großen-Linden berichtet.
1. Welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden?
2. Wann soll dies erfolgen?
3. Wie hoch ist der Kostenrahmen?

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Stadtverordneter Burckart schließt die Sitzung um 21:31 Uhr.

.....
Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart

.....
Protokollant Andreas Zenkert